

Gesamt-Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.09.2025
Sitzungsbeginn:	19:06 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglieder

Torben Wunderlich CDU

Hendrik Thomascheski CDU

Sabine Zedler CDU

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Bärbel Sandberg Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Dr. Ralf Sonntag

Wolfgang Rüdiger SPD Vertretung für: Rainer Hagendorf

Peter Ammer WSI Vertretung für: Ingrid Paradies

Jörg Hohner FDP

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz Werkleitung Stadtentwässerung

Umweltbeirat

Jens Peter Neumann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Jonas Petersen Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Helmut Steinke Seniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Friederich Erste Stadträtin

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt

Birgit Woywod Fachdienstleitung Bauverw. und öffentl. Flächen

Henrike Paramin-Priefert Fachdienstleitung Ordnung und Einwohnerservice

Annette Boettcher Fachdienst Bauverw. und öffentliche Flächen

Mara Katharina Schlüter Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Janik Schernikau CDU entschuldigt

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Rainer Hagendorf	SPD	entschuldigt
Matti Schlotzhauer	SPD	entschuldigt
Ingrid Paradies	WSI	entschuldigt

Gäste:

Herr Ahrens NOW Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu TOP 5.1
Herr Rein Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel zu TOP 3

Ratsfrauen und Ratsherren:

Frau Römer, Herr Baars, Herr Eichberger, Herr Kiwitt

keine Einwohner*innen

ein Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie bittet die Anwesenden um einen Moment des Schweigens zum Gedenken an Herrn Hellmut Metz, der im August dieses Jahres verstorben ist. Als Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat er über Jahrzehnte in seinen verschiedenen Ämtern als Ratsherr, Fraktionsvorsitzender und zuletzt bürgerliches Mitglied im Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss die Kommunalpolitik der Stadt Wedel maßgeblich geprägt.

Die Vorsitzende schlägt vor, das Gesamtprotokoll der Sitzung vom 03.07.2025 unter dem Tagesordnungspunkt 4 zur Kenntnis zu nehmen und den voraussichtlich nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung zu streichen sofern kein Beratungsbedarf besteht. Es wird kein Bedarf gemeldet.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

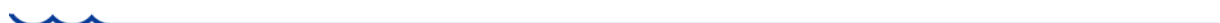
Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung und die Gesamt-Tagesordnung in einer Abstimmung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Bericht der Feuerwehr
- 4 Protokoll der Sitzung vom 03.07.2025
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Stadtentwässerung Wedel: Jahresabschluss 2024 und BV/2025/058
 Beschluss über die Ergebnisverwendung 2024
- 6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Sachstand nach Brandfall der P+R Anlage



6.2	Prüfergebnis hinsichtlich der Möglichkeit der Anordnung eines Fußgängerüberweges in Höhe des Caudryplatzes	MV/2025/046
6.3	Stand der Durchführungen und Kostenentwicklungen wichtiger Hochbauprojekte sowie Außenanlagen	MV/2025/081
6.4	Bericht der Verwaltung	
6.4.1	Aktueller Stand Haushaltskonsolidierung	MV/2025/082
6.4.2	Haushaltssicherung 2028 aktueller Stand und weiteres Vorgehen	MV/2025/080
6.5	Sachstand Hochbauten der Stadt Wedel	
6.6	Anfragen der Politik	



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat berichtet, dass die Gemeinde Holm seit Mitte Juni ein Carsharing-Angebot des Vereins Dorfstromer e. V. bereitstellt. Im Tinsdaler Weg, Ecke Am Rain, stehen vier ausgewiesene Parkplätze für Carsharing zur Verfügung, von denen zwei mit einer Ladesäule ausgestattet sind. Diese befinden sich auf privatem Grund. Darüber hinaus hat sich der Beirat erkundigt, wie weit die Einführung von E-Carsharing auf öffentlichen Flächen in Wedel vorangeschritten ist.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt berichtet, dass anhand der Bewertungsmatrix zwei öffentliche Flächen für das E-Carsharing bestimmt wurden. Diese befinden sich Am Markt und in der Straße Hans-Böckler-Platz. Die Ausschreibung befindet sich in der Vorbereitung. Wann diese veröffentlicht wird, ist noch nicht bekannt. Folgekosten für die Stadt Wedel schließt sie aus. So sind auch die Beschilderungen an den Flächen von den künftigen Betreibern selbst zu installieren.

Der Umweltbeirat nimmt zur Vorlage zur Haushaltskonsolidierung Stellung. Die geplante Zusammenlegung der Bereiche Umweltschutz, Klimamanagement und Mobilitätsmanagement wird angesichts des Wegfalls der einzelnen Stellen begrüßt. Der Beirat erwartet eine erfolgreiche Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung.

Hinsichtlich der Vorlage MV/2025/046, die das Prüfergebnis zur Möglichkeit der Anordnung eines Fußgängerüberwegs in Höhe des Caudryplatzes enthält, unterstützt der Beirat weitere Schritte zur Schaffung einer Fußgängerquerung. Der jetzige Zustand wird als unbefriedigend bezeichnet, da die Stelle bereits zur Querung genutzt wird. Ein Überweg würde nach Einschätzung zu mehr Sicherheit beitragen. In diesem Zusammenhang verweist der Beirat auf den gemeinsamen Antrag der Beiräte, der in der Ratssitzung am 25.09.2025 behandelt wird.

Darüber hinaus informiert der Umweltbeirat über die Planung weiterer öffentlicher Veranstaltungen. Die nächste Veranstaltung soll im Spätherbst 2025 zum Thema Mikroplastik stattfinden.

Der Jugendbeirat berichtet, dass am 20.09.2025 der Weltkindertag mit einer Kinderstadt-wette gefeiert wird. Am Hafen werden Fliesen bemalt. Der Beirat freut sich auf die Veranstaltung und dankt der 1. stellvertretenden Stadtpräsidentin von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Heyer, für die Organisation.

Im November 2025 wird ein neuer Jugendbeirat gewählt. Gesucht werden Kandidatinnen und Kandidaten zwischen 14 und 21 Jahren für eine Amtszeit von zwei Jahren. Der Beirat ruft zur Kandidatur auf.

Weiter informiert der Jugendbeirat, dass am Strandbaddamm ein Wetterschutzhäuschen eingerichtet wurde. Dieses wird gut genutzt, und der Beirat freut sich über die Umsetzung. Zur Haushaltskonsolidierung äußert der Jugendbeirat die Hoffnung auf neue Ergebnisse. Er betont die Bereitschaft, die weiteren Beratungen zu begleiten.

3 Bericht der Feuerwehr

Der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel, Herr Rein, berichtet, dass es derzeit

keine Probleme gibt. Einsatztechnik, Feuerwache und Mannschaft funktionieren reibungslos und die Kameradinnen und Kameraden sind hochmotiviert.

Der Feuerwehrparkplatz ist fertiggestellt. Er wird als sehr gelungen bezeichnet und ist auch für hektische Situationen gut geeignet. Zu den laufenden Ersatzbeschaffungen berichtet er, dass im kommenden Jahr neue, leichtere Einsatzschutzjacken angeschafft werden, die insbesondere im Sommer eine große Erleichterung darstellen werden. Diese Investition wird als Zeichen der Wertschätzung wahrgenommen.

Zum 01.09.2025 konnte eine Bufdi-Stelle zur Unterstützung der Gerätestarte eingerichtet werden. Die Wehr wird von einem jungen Mann aus der Nachbargemeinde unterstützt, der für ein Jahr zur Verfügung steht.

Insgesamt verzeichnet die Feuerwehr bislang 309 Einsätze, darunter viele kleinere. Hervorgehoben wird der Brand in der Volksbank, bei dem sich giftiger Rauch weit im Gebäude verteilt hat. Die umliegenden Geschäfte mussten schließen und versorgten stattdessen die Einsatzkräfte mit Nahrung und Getränken.

Hinsichtlich der personellen Veränderungen kündigt Herr Rein an, dass eine neue Wehrführung gewählt werden muss. Er selbst tritt nicht erneut an, da er Platz für neue Ideen und Energie machen möchte. Er dankt seinen Stellvertretern sowie den weiteren Führungskräften der Wehr. Als Kandidat für die Nachfolge wurde Herr Augustin vorgeschlagen, der sich der Wahl stellt. Diese findet am 14.10.2025 in der Mitgliederversammlung statt. Herr Rein hofft auf gute Unterstützung bei der Wahl. Seine eigene Verabschiedung ist für den 20.12.2025 vorgesehen.

Die Feuerwehr Wedel richtet am 13.09.2025 die Abnahme der Leistungsspanne im Elbstadion aus. Dabei handelt es sich um eine anspruchsvolle Prüfung der Deutschen Jugendfeuerwehr.

Abschließend betont Herr Rein die gute Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Ordnung und Einwohnerservice und spricht Frau Paramin-Priefert besonderen Dank für die fachliche und menschliche Unterstützung aus.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion berichtet Herr Rein, dass die Drehleiter seit dem Update der Software durch den Hersteller im letzten Jahr ohne Probleme einsatzbereit ist.

4 Protokoll der Sitzung vom 03.07.2025

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Stadtentwässerung Wedel: Jahresabschluss 2024 und Beschluss über die Ergebnisverwendung 2024

BV/2025/058

Herr Ahrens von der NOW Wirtschaftsprüfungsgesellschaft präsentiert die Jahresabschlussprüfung der Stadtentwässerung Wedel zum 31.12.2024.

Aufgrund des negativen Ergebnisses richtet sich die Vorsitzende an die Stadtentwässerung und fragt, ob mit einer Erhöhung der Gebühren zu rechnen ist.

Die Stadtentwässerung gibt zur Auskunft, dass die klimatischen Veränderungen der Jahre 2023 und 2024 bereits bei der letzten Ausarbeitung berücksichtigt wurden. Unter der Voraussetzung, dass keine außergewöhnlichen Ereignisse bevorstehen, kann das Gebührenniveau gehalten werden.

Beschluss:

1. Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss der Stadt Wedel stellt den Jahresabschluss der Stadtentwässerung Wedel für das Wirtschaftsjahr 2024 fest.

Es betragen
die Bilanzsumme 32.845.161,43 EUR
die Erträge 6.108.047,10 EUR
die Aufwendungen 6.274.725,33 EUR
der Jahresgewinn 0 EUR
der Bilanzverlust 166.678,23 EUR.

2. Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss der Stadt Wedel beschließt den Fehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	9	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	1		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 Wedel 2025 Präsentation _ Stand 100925

6 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

6.1 Sachstand nach Brandfall der P+R Anlage

Die Verwaltung berichtet, dass es am 05.07.2025 zu einem Pkw-Brand in der Anlage gekommen ist, woraufhin die gesamte Anlage gesperrt werden musste. Die Beleuchtung wurde abgeschaltet. Derzeit läuft lediglich die Drainagepumpe, um weitere Schäden am Gebäude zu verhindern. Es ist zu prüfen, ob die Tragfähigkeit des Bauwerks beeinträchtigt ist. Vor einer genauen Analyse aller Schäden muss die gesamte Anlage gereinigt werden. Im Anschluss wird ein Instandsetzungsgutachten erstellt, jedoch nur bezogen auf die Brandschäden. Für das Gebäude besteht eine Versicherung. Der Zeitraum der Sperrung wird voraussichtlich mindestens bis Ende des Jahres andauern.

Die Vorsitzende bittet um eine Aufstellung der bis zum Jahr 2020 angefallenen Kosten. Die Verwaltung gibt zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Kostenaufstellung bekannt und zum Protokoll. Weiterhin erklärt sie zur MV/2024/067 „Sanierung der P+R-Anlage zur Vorbereitung einer Gebührenpflicht - Sachstand“, dass jährliche Unterhaltungskosten in Höhe von bis zu 200.000,00 € im Jahr genannt wurden. Diese beinhalten auch die Kosten für die Verkehrssicherung, die von Jahr zu Jahr stark variieren können.



Die WSI-Fraktion weist auf einen weiteren Schaden hin und erkundigt sich, ob dieser im Zusammenhang mit dem Brand steht. Die Verwaltung erläutert, dass es sich hierbei um eine Absetzungsfuge handelt, die bereits länger besteht und nicht auf den Brand zurückzuführen ist. Am Gehweg wurde der Übergang zum Straßenkörper bereits verbessert. Die Fuge befindet sich in Bewegung und steht unter Beobachtung. Sie wird bei einer möglichen Sanierung berücksichtigt.

Die Vorsitzende fragt nach, ob Fördergelder, insbesondere aus den Programmen der Metropolregion Hamburg und von NAH.SH, in Anspruch genommen werden können. Sie bittet darum, dies zu klären, damit es bei der weiteren Planung berücksichtigt werden kann. Hinsichtlich der Mitteilungsvorlage MV/2024/067 bittet die Vorsitzende darum, das Gutachten des beauftragten Ingenieurbüros allen Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen, damit ein gleicher Informationsstand gewährleistet ist.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll: *Die Verwaltung erachtet es als zweckmäßig, die Variantenuntersuchung mit Kostenschätzung für die P+R-Anlage noch nicht zu verteilen. Sie wird einer Beschlussvorlage zur Entscheidung über die Anlage angefügt.*

Anlage 1 Kosten P+R Anlage

6.2 **Prüfergebnis hinsichtlich der Möglichkeit der Anordnung eines Fußgängerüberweges in Höhe des Caudryplatzes** **MV/2025/046**

Die Verwaltung erläutert als zuständige Verkehrsaufsicht, dass es sich bei der betreffenden Straße um eine Bundesstraße handelt und die Entscheidung über eine Ampelanlage daher nicht in der Zuständigkeit der Stadt Wedel liegt. Bereits mehrere Anfragen seien vom Land Schleswig-Holstein abschlägig beschieden worden.

Ein Fußgängerüberweg würde lediglich eine Anscheinssicherheit schaffen. Insbesondere Kinder könnten dadurch weniger auf den Verkehr achten, da sie sich durch den Überweg in Sicherheit wähnen. Zudem besteht an dieser Stelle kein Unfallschwerpunkt, was auch durch unabhängige Stellen bestätigt wurde. Das Prüfergebnis ist daher eindeutig und wurde in der Mitteilungsvorlage entsprechend dargestellt.

Die WSI-Fraktion teilt die Begründung in der Mitteilungsvorlage nicht. Ihrer Auffassung nach ist die Talfahrt aus Richtung Holm bei einer Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h gut einsehbar.

Der Jugendbeirat bedauert das Ergebnis. Seiner Einschätzung nach können die in der Mitteilungsvorlage genannten Gründe, beispielsweise die Ablenkung, auch auf andere Stellen übertragen werden, an denen dennoch Querungen bestehen. Die Begründung wird daher als nicht schlüssig angesehen. Kritisiert wird außerdem, dass die Möglichkeit einer Ampelanlage nicht geprüft wurde. In Bezug auf die Aussage der Verkehrsaufsicht, es bestehe kein Unfallschwerpunkt, wird die Frage aufgeworfen, ob erst ein Unfall geschehen müsse. Der Jugendbeirat nimmt das Ergebnis zwar zur Kenntnis, wünscht sich aber eine erneute Prüfung hinsichtlich einer Bedarfsampel, da die Stelle ohnehin regelmäßig als Querungsstelle genutzt wird.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, weiter über eine Lösung nachzudenken und eine Querungsmöglichkeit anzustreben. Eine Untertunnelung oder eine Brücke würde sehr hohe Kosten verursachen.

Herr Eichberger weist darauf hin, dass sich etwa 100 Meter weiter eine Ampel befindet, Schulkinder jedoch den kürzeren Weg bevorzugen. Er merkt außerdem an, dass auf der Bundesstraße eine „grüne Welle“ eingerichtet ist, die bei der Planung einer Ampel berücksichtigt werden muss. Im nördlichen Bereich der Straße sei bereits ein Verkehrsspiegel für

Autofahrerinnen und Autofahrer installiert. Ein weiterer Spiegel könnte aus seiner Sicht eine Möglichkeit sein, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen und so für mehr Vorsicht zu sorgen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass angesichts des Wunsches der Stadt nach höheren Einnahmen aus dem Tourismus auch eine attraktive Querungsmöglichkeit bedacht werden sollte. Zudem habe die Fraktion die Information erhalten, dass die Eintragung eines Schulweges das Verfahren zur Einrichtung einer Ampel erleichtern könne. Als Beispiel für die Installation einer Ampel wird auf die Niederlande verwiesen, wo Querungen nach der tatsächlichen Nutzung eingerichtet werden.

Die Verwaltung antwortet der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sich die Grüne Welle auf der gesamten Länge der Bundesstraße durch Wedel zieht und auf einer Grundgeschwindigkeit von 45 km/h basiert. Sie wird jedoch regelmäßig durch abbiegende Fahrzeuge gestört. Die Schaltung sei nicht mit einer Kopplung zu verwechseln, bei der alle Ampeln gleichzeitig geschaltet würden. Darüber hinaus erinnert die Verwaltung daran, dass bereits vor rund drei Jahren eine Fußgängerampel am Fahrenkamp beantragt wurde. Auch damals wurde deutlich, dass eine sehr gute Begründung erforderlich ist. Trotz einer nachvollziehbaren Argumentation habe der Antrag nicht ausgereicht.

Nach Einschätzung der Verwaltung sind die Aussichten für eine Querung am Caudryplatz daher gering. Unabhängig davon, ob es sich um einen Schulweg oder touristische Wege handelt, schwächt das Vorhandensein von Ausweichmöglichkeiten die Argumentation zusätzlich. Aufgrund der bereits vorhandenen Ampelanlagen und der Priorisierung des Pkw- und Lkw-Verkehrs durch das Land seien die Chancen für eine Genehmigung äußerst gering.

Der Umweltbeirat bringt ein, dass nach seiner Wahrnehmung derzeit insbesondere der hohe Bordstein ein großes Hindernis darstellt. Für Kinderwagen und Fahrräder sei die Querung dadurch deutlich erschwert. Er regt an zu prüfen, ob durch eine Bordsteinabsenkung die Querung vereinfacht werden könnte.

Der Seniorenbeirat verweist auf ein Beispiel aus der Stadt Nürnberg. Dort kam es nach dem Verlassen eines S-Bahnhofes und der anschließenden Straßenquerung durch ein Kind zu einem tödlichen Unfall. Die Stadt habe daraufhin reagiert und eine bauliche Trennung geschaffen, sodass Querungen nur noch an den vorgesehenen Übergängen möglich sind.

Die Bürgermeisterin betont, dass die Querung am Caudryplatz bereits im Wahlkampf ein Thema gewesen sei. Sie habe daher den Auftrag zur Prüfung erteilt. Nach Durchsicht der Gutachten, insbesondere des Gutachtens der Polizei, habe sie die rechtliche Bewertung im Hinblick auf eine mögliche Scheinsicherheit nachvollziehen können. Sie spricht sich deshalb dafür aus, der fachlichen Einschätzung zu vertrauen. Als Vergleich verweist sie auf die Situation an der Moorwegschule, wo ebenfalls keine Querung eingerichtet wurde und die Eltern angehalten sind, ihren Kindern ein umsichtiges Verhalten beizubringen. Zugleich nimmt sie die Anregung des Seniorenbeirates zu einer räumlichen Trennung auf. Blumenkübel oder ähnliche bauliche Elemente könne sie sich als mögliche Maßnahme vorstellen, um die Querung zu lenken.

Der Jugendbeirat merkt an, dass eine Abgrenzung zwar eine kreative Lösung sei, jedoch eine gewisse Höhe haben müsste. Außerdem könnten die Einfahrten eine Umsetzung erschweren. Stattdessen regt er an, ein Warnschild für Autofahrerinnen und Autofahrer aufzustellen, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen und für mehr Sensibilität zu sorgen.

ger Hochbauprojekte sowie Außenanlagen

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Bericht der Verwaltung

Die Stadtentwässerung berichtet über eine kurzfristige Maßnahme in der Holmer Straße. Dort musste ein Abflusshindernis als Notmaßnahme beseitigt werden, wofür außerplanmäßige Ausgaben erforderlich waren. Die Arbeiten erfolgten durch eine beauftragte Bau-firma, die den Bereich öffnete und spülte. Die Maßnahme wurde am heutigen Tag abgeschlossen, sodass die Anlage seit dem Nachmittag wieder regulär funktioniert. Eine Beeinträchtigung für die Bürgerinnen und Bürger bestand zu keinem Zeitpunkt. Der betroffene Bereich wird weiter beobachtet, die geöffneten Stellen werden ertüchtigt. Auswirkungen auf die Gebührenstabilität entstehen durch diese Maßnahme nicht.

Weiter führt die Stadtentwässerung aus, dass eine neue Broschüre zum Thema Starkregen vom Land Schleswig-Holstein veröffentlicht wurde. Sie wurde ausgelegt und ist auch als Download erhältlich.

Zur Instandsetzung der Spielplätze teilt die Verwaltung mit, dass vermehrt Beschwerden von Eltern eingegangen sind. Auch die Verwaltung selbst ist mit dem derzeitigen Zustand unzufrieden. Aufgrund der späten Verabschiedung des Haushaltsplans und der insgesamt geringen Mittel konnten viele Maßnahmen bisher nicht umgesetzt werden. Aktuell sind 18 Spielgeräte gesperrt. Die notwendigen Ausschreibungen laufen, um die Kosten zu ermitteln. Voraussichtlich wird eine Priorisierung der Maßnahmen erforderlich sein.

Positiv hebt sie das Engagement der Stadtwerke Wedel GmbH hervor, die die Instandsetzung von drei Wasserübergabeschächten gesponsert haben. Bereits abgeschaltete Wasserstellen bleiben in diesem Jahr jedoch außer Betrieb, da ihre Inbetriebnahme zusätzliche Kosten von rund 1.700 € verursachen würde. Aktuell sind zwei Wasserstellen in Betrieb, die bis zum Einsetzen des Winters laufen sollen.

Zum Spielplatz in der Gärtnerstraße ergänzt die Verwaltung, dass die Leitstelle Umweltschutz sich in Abstimmung mit den Bodenschutzbehörden befindet. Es wird geprüft, ob mit dem eingeholten Angebot für eine Sanierungsplanung, Fördergelder für den Bodenaustausch beantragt werden können.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden teilt die Verwaltung mit, dass mit den Arbeiten am Lichtschalter der Skateranlage begonnen wurde, jedoch ein Erdungsproblem vorliegt. Der Schalter soll bis zum Winter 2025 fertiggestellt sein.

6.4.1 Aktueller Stand Haushaltskonsolidierung

MV/2025/082

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt berichtet, dass die Gruppen 22 („Spielplätze“) und 25 („Gestaltung der Umwelt“) dem Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss zugeordnet wurden. Die Beiräte sollen in den Sitzungen zu den Verwaltungsvorschlägen Stellung nehmen. Für die Gruppe 22 „Spielplätze“ wurde eine Ausnahme gemacht, sodass auch der Jugendbeirat und das Kinderparlament an der Arbeitsgruppe teilnehmen können. Die Verwaltung schlägt die Schließung von fünf Spielplätzen vor. Sollte die Politik den Vorschlägen nicht zustimmen, wird um konstruktive Gegenvorschläge gebeten, da eine Einsparung zwingend erforderlich ist.

Zum Kostencontrolling erklärt die Fachbereichsleitung, dass die Kosten des Bauhofs für die fünf vorgeschlagenen Spielplätze erfasst und vorgestellt werden. Gleiches werde auch für mögliche Gegenvorschläge erfolgen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert sich zum Kostencontrolling der Spielplätze. Ihrer Auffassung nach soll der Auswahlprozess nachvollziehbar gestaltet werden. Zudem bittet die Fraktion darum, zu prüfen, ob bereits ein Beschluss gefasst wurde, dem zufolge ein Kostencontrolling für alle Spielplätze durchgeführt werden soll. Die Verwaltung nimmt diese Bitte zur Prüfung auf.

Der Jugendbeirat weist darauf hin, dass bislang noch keine Teilnahme an einer Projektgruppe erfolgt sei. Da die Ergebnisse jedoch bereits bis zum nächsten Haushalt vorliegen sollen, befürchtet der Jugendbeirat eine Überforderung im November. Hilfreich wäre nach seiner Einschätzung eine Einsicht in die bisher geführten Protokolle der Projektgruppen.

Die Bürgermeisterin erklärt, dass sich die Verwaltung viele Gedanken über mehr Transparenz gemacht habe. Außenstehende haben die Möglichkeit, an den Ausschusssitzungen teilzunehmen und die Fraktionen sowie die Beiräte direkt anzusprechen. Zugleich stehe die Verwaltung unter Zeitdruck, sodass die Vorschläge gut ausgearbeitet werden müssten. Für die Kommunalaufsicht muss erkennbar sein, dass die Stadt auf dem richtigen Weg ist. Im November sollen die Projektgruppen eine grobe Planung vorlegen.

Die Grünen kritisieren die Bündelung der Themen Umwelt, Klima, Mobilität und Nachhaltigkeit. Eine Stelle sei zu wenig, da diese Themen für die Stadt wichtig sind. Es handle sich um einen zentralen Schwerpunkt. Eine unzureichende personelle Ausstattung führe zu einer schlechten Bedienung dieser Belange, beispielsweise bei der Quartiersberatung im Rahmen der Kälte- und Wärmeplanung.

Herr Eichberger und der Umweltbeirat schließen sich der Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Eine volle Besetzung oder mit zwei Stellen ist wünschenswert.

Die Bürgermeisterin merkt hierzu an, dass bei einer Verschiebung der Prioritäten auch Stellennachträge möglich seien.

Die erste Stadträtin lässt zum Kostencontrolling folgendes zum Protokoll nachreichen:
„Nach Einschätzung der Verwaltung würde eine Vergabe voraussichtlich unter der Schwelle von 25.000 Euro liegen, so dass dann eine Direktvergabe möglich wäre. Bei der Kostenermittlung wurde sich verwaltungsseitig an der vorliegenden Gebührenkalkulation vom August letzten Jahres für Stadtbibliothek, VHS und Musikschule orientiert. Verwaltungsseitig wurde sich für einen Wettbewerb (3-5 Anbieter) entschieden, um das für die Stadt bestmögliche Angebot zu erhalten.“

Der Vergabevermerk zu der avisierten Maßnahme ist kurz vor Fertigstellung, in Frage kommende Institute respektive Kommunalberatungsstellen wurden ermittelt und sollen im Zuge eines Wettbewerbs zu einer Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Die nächsten Schritte: Austausch mit dem Leiter des Bauhofes hinsichtlich der Details der benötigten Verrechnungssätze und der Datenbasis.“

6.4.2 Haushaltssicherung 2028 aktueller Stand und weiteres Vorgehen

MV/2025/080

Es werden keine Fragen gestellt.

6.5 Sachstand Hochbauten der Stadt Wedel

Der Sachstand wird zum Protokoll gegeben.

Anlage 1 2025 Sep Sachstand

6.6 Anfragen der Politik

Die CDU-Fraktion verliert ihre Anfrage zum Sachstand der Räumlichkeiten an der Altstadt-schule.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt berichtet, dass die Arbeiten an der Altstadt-schule planmäßig verlaufen und den Absprachen mit der Schulleitung entsprechen. Der Werkraum im Untergeschoss ist seit gestern wieder vollständig nutzbar. Die übrigen Räume im Untergeschoss - Musikraum, Kunstvorbereitungsraum und Küche - müssen noch saniert werden. Dies ist mit der Schule abgestimmt. Ab der kommenden Woche werden die Beton-sohlen geschliffen, abgedichtet und anschließend Estrich eingebracht. Danach werden die Wände abgedichtet und verputzt, der Boden verlegt und gestrichen. Ziel ist es, die Räume nach den Herbstferien wieder vollständig nutzbar zu machen.

Auf dem Schulhof ist eine Fläche mit einem Bauzaun abgesperrt, auf der die benötigten Baumaterialien gelagert werden. Diese Fläche wird bis zu den Herbstferien beansprucht, auch dies ist mit der Schule abgestimmt.

Hinsichtlich der Nutzung des Dachgeschosses erläutert die Fachbereichsleitung, dass der Dachstuhl als Hängewerk konstruiert ist. Durch die Zangen in einer Höhe von etwa 1,90 m wird die nach § 47 Aufenthaltsräume der Landesbauordnung Schleswig-Holstein erforderliche Mindestraumhöhe von 2,30 m nicht erreicht. Daher ist es notwendig, das komplette Dach einschließlich Dachstuhl abzutragen und neu aufzubauen. Gegebenenfalls ist zusätzlich eine Erneuerung oder brandschutztechnische Ertüchtigung der obersten Holzbalkendecke erforderlich.

Herr Eichberger erkundigt sich nach der Unterkunft in der Straße Steinberg, deren Fertigstellung sich verzögert. Er möchte wissen, ob durch den verspäteten Einzug zusätzliche Kosten entstanden sind, beispielsweise durch eine anderweitige Unterbringung.

Die Frage wird von der Verwaltung aufgenommen.

Darüber hinaus erkundigt er sich nach dem Fortschritt beim Bau des Hafenmeisterhäuschens. Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt teilt mit, dass sich der Bau im vorgesehenen Rahmen bewegt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen bei der Kälte- und Wärmeplanung. Sie weist darauf hin, dass im Moorweggebiet Beratungen stattfinden sollten. Gerade dort habe es große Sorgen in der Bevölkerung gegeben. Nach Auffassung der Fraktion war dieser Teil der Aufgabe beschlossen und auch öffentlich so kommuniziert worden, weshalb es irritierend sei, dass er nun nicht umgesetzt werde. Zudem fragt die Fraktion nach dem Stand der Aktualisierung des Leitfadens umweltfreundliche Beschaffung.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt erklärt, dass die Planung zunächst abgeschlossen sei. Für Beratungen werde nun auf die Verbraucherzentrale verwiesen. Die Stadtwerke prüfen weiterhin die Wirtschaftlichkeit. Hinsichtlich des Leitfadens umweltfreundliche Beschaffung wird auf eine Mitteilungsvorlage im Oktober verwiesen.

Die CDU-Fraktion erinnert daran, dass im damaligen Beschluss zur Beratung ausdrücklich festgelegt wurde, dass für die Räumlichkeiten der Beratung keine Kosten anfallen dürfen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschäden in der vorläufig als Fahrradstraße ausgewiesenen Bahnhofstraße angestiegen ist und fragt, wie die Verwaltung darauf zu reagieren gedenkt.

Die Fachbereichsleitung Bauen und Umwelt erklärt, dass dieser Aspekt noch einmal genauer untersucht werden soll. Grundsätzlich soll die Einrichtung der Fahrradstraße jedoch verstetigt werden.

Vorsitz:

gez. Kärgel
Petra Kärgel

Protokollführung:

gez. Schlüter
Mara Katharina Schlüter

